

**An alle
Redaktionen**



Ortsverband Neu Wulmstorf
Der Fraktionsvorsitzende

13. April 2010

Pressemitteilung

Keine Steuererhöhung mit der CDU Neu Wulmstorf

In einer Pressemitteilung wirft die SPD Neu Wulmstorf den meisten anderen im Rat vertretenen Parteien – allen voran der CDU - „verantwortungsloses Handeln“ vor, da sie die vom Bürgermeister vorgeschlagenen Maßnahmen nicht mittragen wollen. Es wird der SPD allerdings nicht gelingen, die CDU in diese Rolle zu drängen, denn der Vorwurf entbehrt jeder Grundlage.

Seit der Kommunalwahl 2006 gibt es im Rat eine defacto-Mehrheit (die im Übrigen keinesfalls eine „Phantommehrheit“ ist, wie der SPD-Vorsitzende Tobias Handtke glauben machen will) aus SPD, Grünen und UWG. Spätestens seit der Wahl von Bürgermeister Rosenzweig macht diese Mehrheit Politik gegen die im Rat unterlegene CDU. Dagegen ist demokratisch auch nichts einzuwenden.

„Diese Mehrheit hat in den letzten Jahren fleißig das Geld der Gemeinde für Volksbeglückung auf Pump ausgegeben“, sagt Gerhard Peters, finanzpolitischer Sprecher der CDU. „Uns blieb nur die Rolle des Mahnenden, leider konnten wir uns mit 12 von 35 Sitzen im Rat nie durchsetzen.“ Selbst während der verhängten Haushaltssperre im letzten Jahr, wurden von der Mehrheitsgruppe weiter fleißig Beschlüsse gefaßt, die den Haushalt weiter belasten. Etwa ein weiteres Jugendzentrum in Elstorf und eine völlig wirkungslose Verlängerung eines Lärmschutzwalles. „Wir können weder bei der SPD noch beim Bürgermeister den Willen zum Sparen erkennen“, sagt Jan Lüdemann. Anders wird es aber nicht gehen.

Bei der jüngsten Sitzung des Finanzausschusses erklärte die Verwaltung, dass viele unserer Anfragen nicht so schnell in der Kürze der Sitzung erklärt werden könnten. Ein Hohn, denn das von der CDU mehrfach geforderte ausführliche und ganztägige gemeinsame Gespräch wurde bisher konsequent abgelehnt.

Aus Sicht der CDU ist es schlicht unverantwortlich, auf Grundlage des vorgelegten Materials überhaupt über den Haushalt und evtl. Steuererhöhungen zu beschließen. Seitens der Verwaltung wurden wichtige geforderte Unterlagen bis heute nicht vorgelegt. „Das es der Bürgermeister nicht schafft eine Eröffnungsbilanz vorzulegen, damit könnten wir vielleicht noch leben“, sagt Gerhard Peters. „Aber das völlige Fehlen des Jahresergebnisses 2009 und Vergleichszahlen des Haushalts – dann kann nicht angehen“, so Peters weiter. „Der Bürgermeister hat seine Hausaufgaben nicht gemacht. Die uns vorgelegten Zahlen sind absolut nicht nachvollziehbar. Und wir können nicht auf Treu und Glauben eine Steuererhöhung entscheiden – das ist mit uns nicht zu machen, denn wir haben erhebliche Zweifel am Zahlenwerk des Herrn Bürgermeister“, sagt Jan Lüdemann, Fraktionsvorsitzender im Gemeinderat. Diese Zweifel werden nicht zuletzt dadurch hervorgerufen, dass seitens der Verwaltung ständig neue Zahlen vorgelegt werden. „Die Differenzen allein im Posten Abschreibungen sind teilweise siebenstellig – wer soll denn da an die Richtigkeit der aktuellen Zahlen glauben?“, so Lüdemann weiter.

Die CDU wird keinesfalls auf dieser Basis den Haushalt mit beschließen und schließt Steuererhöhungen weiterhin kategorisch aus. „Wir halten uns an das, was wir vor der Wahl gesagt haben“, so Jan Lüdemann. „Wort halten ist eine Tugend, die bei uns noch etwas zählt“.

Die CDU fordert vom Bürgermeister endlich nachhaltige Konzepte zur Haushaltskonsolidierung. Diese sollten im Wesentlichen durch die Einsparung von Personal in der Verwaltung geschehen. „Im Moment können wir bei Bürgermeister keinerlei Bereitschaft erkennen, auch nur über Personalkürzungen nachzudenken“, erklärt Gerhard Peters die Situation. Ansatzpunkte gibt es genug. Da wäre z.B. der Baubetriebshof und die Selbstverwaltung. „Es stellt sich die Frage, ob nicht private Dienstleister einen Sportplatz nicht ebenso gut und vielleicht günstiger mähen können. Winterdienst und Straßenpflege sind weitere Punkte. Für uns steht die gesamte Existenz des Baubetriebshof zur Disposition.“, erläutert Jan Lüdemann die Situation. Auch in der Verwaltung selbst stehen viele Aufgaben

für die CDU auf dem Prüfstand. „Muss eine Verwaltung seine Personalabrechnungen zwingend selbst machen? Muss jede Gemeinde eine eigene Steuererhebung durchführen oder kann man dort auch interkommunal zusammenarbeiten und Geld sparen?“, fragt Lüdemann.

„Wir kennen die Antworten nicht – aber wenn der Bürgermeister nicht endlich anfängt die Arbeit zu erledigen für die er gewählt wurde, verspielt er leichtfertig die Zukunft der Gemeinde. Seit Jahren ist bekannt, dass wir Probleme im Haushalt bekommen werden – aber es wurde nichts getan.“, sagt Gerhard Peters.

„Aus dem Rathaus hören wir immer nur, welche Ideen nicht umsetzbar sind. Wir interessieren uns aber nicht für Hinderrungsgründe. Wir interessieren uns für die Lösungen. Und diese Art des Denkens ist bei Bürgermeister Rosenzweig leider nicht vorhanden“, sagt Jan Lüdemann.